

Die Woche im Bundestag



CDU **CSU** Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen



Stabilitäts- und Wachstumspakt stärken

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist der wichtigste Anker für finanzielle Nachhaltigkeit in der Europäischen Union. Um seine Funktionen erfüllen zu können, muss der Pakt durch den laufenden Reformprozess durchsetzungsfähiger werden. Unsere Vorstellungen dafür legen wir in unserem Antrag *Stabilitätsunion statt Schuldenunion – Stabilitäts- und Wachstumspakt festigen, fiskalpolitische Disziplin in Europa sichern* vor: Der Pakt muss auf wenige Grundregeln verschlankt werden, ohne dabei die EU-Fiskalregeln zu verwässern.

Für uns ist unabdingbar, dass das 60-Prozent-Ziel zur Staatsschuldenquote sowie das 3-Prozent-Ziel zur jährlichen Neuverschuldung erhalten bleibt. Auch die Zielsetzung eines verbindlichen Schuldenabbaus muss

Bestand haben. Zusätzlich sind die Flexibilitätsklauseln klar auf Naturkatastrophen und extreme Wirtschaftskrisen zu reduzieren. Ausnahmen für Investitionen – wie sie immer wieder gefordert werden – würden dem Pakt einen Bärendienst erweisen: Sie würden Komplexität und Streit anfälligkeit erhöhen und den Pakt damit schwächen. Darüber hinaus setzen wir uns insbesondere dafür ein, die Verfahren zur Durchsetzung des Regelwerks effektiver auszugestalten.

Hierzu gehören geringere Ermessensspielräume, eine objektive Überwachung der Einhaltung und ein regelbasiertes Verfahren für die Ausnahmeklausel. Wir dürfen den dauerhaften Zusammenhalt in der EU nicht gefährden und erteilen deswegen allen Plänen zur Vergemeinschaftung von Schulden in der EU eine klare Absage.



Sport braucht mehr Geld in der Energiekrise

Die Sportpolitiker der Ampel haben in dieser Woche die Änderungsanträge der CDU/CSU zur Erhöhung von Mitteln im Sporthaushalt abgelehnt. Dazu erklärt **der Obmann der AG Sport und Ehrenamt, Fritz Güntzler:**

„Mit unseren Änderungsanträgen haben wir zielgerichtete und projektbezogene Maßnahmen vorgestellt, die dort ansetzen, wo es aktuell Probleme gibt. Die pauschale Ablehnung der Ampel-Koalition zeigt wieder einmal, dass ihnen die Bedeutung des Sports für unsere Gesellschaft nicht bewusst ist. Wir haben einen akuten Bewegungsmangel, viele Sportstätten sind marode, und die Vereine wissen nicht, wie sie die hohen Energiekosten im Winter bezahlen sollen. Auch bei einer angespannten Haushaltslage darf der Sport nicht hinten runterfallen. Die Probleme müssen endlich angegangen werden. Stattdessen lässt die Ampel die Vereine und Kommunen mit den aktuellen Problemen wieder einmal alleine.“



Ampel-Koalition lässt Gemeinden im Regen stehen



Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in dieser Woche über die Fristverlängerung im Bundesprogramm zur Förderung infektionsschutzgerechter raumlufttechnischer Anlagen (RLT-Anlagen) beraten. Die Union

sprach sich dafür aus, den antragstellenden Kommunen sowie Bildungs- und Pflegeeinrichtungen eine Fristverlängerung über die für größere Baumaßnahmen vorgesehenen 12 Monate hinaus zu gewähren, die infolge von Fachkräftemangel und Lieferengpässen in Verzug geraten sind. Die Ampel-Koalition lehnte dies ab. Hierzu erklärt **Andreas Mattfeldt, zuständiger Berichterstatter im Haushaltsausschuss für den Einzelplan 09:**

„Für Kommunen, Schulen, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser und Tagesstätten ist dies ein Schlag ins Gesicht! Bislang konnten Antragsteller bei Förderprogrammen des Bundes davon ausgehen, dass ein gewisser Vertrauensschutz besteht: Wer fristgerecht und frei von Formfehlern einreicht, bekommt Geld – und Förderrichtlinien, die ja eben diese Fristverlängerung erlauben, werden umgesetzt. Jetzt heißt es: Pustebume! In meinem Büro türmen sich die Beschwerden von Bürgermeistern, Rektoren und Geschäftsführern, die durch Verzögerungen im Bauablauf unverschuldet in Not geraten sind. Wenn man ein Förderprogramm so umsetzt, dann sollte man es besser gleich sein lassen.“

Nicht die Zeit für Kürzungen

Der Haushaltsausschuss hat über ein Maßnahmenpaket von der Union für die krisengebeutelte Wirtschaft in Deutschland beraten. Auch um positive Effekte auf den Arbeitsmarkt auszulösen sind folgende Erhöhungen geplant: ZIM und Industrieforschung um jeweils 50 Mio. Euro, Maritime Technologien und Schiffbau um über 13 Mio. Euro, Entwicklung digitaler Technologien um 31 Mio. Euro und für Sprunginnovationen insgesamt fast 9 Mio. Euro für die Jahre 2024 bis 2027. Das Maßnahmenpaket ist mit den Stimmen der Ampel-Koalition abgelehnt worden. Hierzu erklärt **Andreas Mattfeldt, zuständiger Berichterstatter im Ausschuss:**

„Für Kommunen, Schulen, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser und Tagesstätten ist dies ein Schlag ins Gesicht! Bislang konnten Antragsteller bei Förderprogrammen des Bundes davon ausgehen, dass ein gewisser Vertrauensschutz besteht: Wer fristgerecht und frei von Formfehlern einreicht, bekommt Geld – und Förderrichtlinien, die ja eben diese Fristverlängerung erlauben, werden umgesetzt. Jetzt heißt es: Pustebume! In meinem Büro türmen sich die Beschwerden von Bürgermeistern, Rektoren und Geschäfts-



führen, die durch Verzögerungen im Bauablauf unverschuldet in Not geraten sind. Wenn man ein Förderprogramm so umsetzt, dann sollte man es besser gleich sein lassen.“

Fachkräfte und Ausbildung sind der Ampel-Koalition egal



Der Haushaltsausschuss hat über ein Fachkräfte-Azubi-Paket der Union beraten. Hierin wird gefordert, die Förderung der Beruflichen Bildung für den Mittelstand (Lehrlingsunterweisung) und die Fortbildungseinrichtungen dauerhaft

und jeweils auf 70 Mio. Euro pro Jahr anzuheben. Darüber hinaus sollten für die Mittel für die Fachkräftesicherung bei kleinen und mittleren Unternehmen um 7,5 Mio. Euro auf dann 30 Mio. Euro erhöht werden. Das Gesamtpaket hat ein Volumen von über 52 Mio. Euro. Hierzu erklärt **Andreas Mattfeldt, zuständiger Berichterstatter im Ausschuss:**

„Das Stimmverhalten der Ampel-Koalition und deren eingebrachte Anträge haben eines gezeigt: Fachkräftesicherung und Azubis sind schlichtweg nicht auf der Tagesordnung dieser Koalition. Bei den Fachkräften blieb die Ampel 5 Mio. Euro hinter den Forderungen der Union und die Fortbildungseinrichtungen hat die Ampel offensichtlich gar nicht auf dem Schirm. Und das, obwohl dem Bundeswirtschaftsministerium Projektanzeigen von insgesamt 700 Mio. Euro bekannt sind – so viel wie noch nie! Wenigstens bei der Lehrlingsunterweisung sind sie der Idee aus der Union gefolgt – konnten sich aber dennoch nicht zu einer dauerhaften Bereitstellung jährlich 70 Mio. Euro durchringen. Schon bezeichnend für eine Koalition mit einem sozialdemokratischen Kanzler an der Spitze.“

Bejagung des Wolfes ermöglichen

Der Bundestag debattierte in dieser Woche den von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingebrachten Antrag zur Bejagung des Wolfes.

Dazu erklärt **der Vorsitzender der AG Ernährung und Landwirtschaft der Unionsfraktion, Albert Stegemann:**

„Eine Weidetierhaltung in Deutschland wird ohne eine wirksame Regulierung des Wolfes nicht funktionieren. Sie ist bereits jetzt vielerorts bedroht. Es ist illusorisch zu glauben, dass Zäune oder Hunde die Wölfe davon abhalten würden, Weidetiere zu reißen. Was ein günstiger Erhaltungszustand für den Wolf ist, muss unverzüglich definiert werden. Dann muss die Regierung ein aktives Wolfsbestandsmanagement einführen.“



Vorstand im Amt bestätigt



Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in dieser Woche ihren Vorstand im Amt bestätigt. Die Neuwahl ein Jahr nach Beginn der Legislaturperiode ist Routine und durch die Arbeitsordnung der Fraktion vorgegeben. Auch zahlreiche Mitglieder der Landesgruppe wurden dabei in ihren Ämtern bestätigt.

So wurde der Vorsitzende der Landesgruppe, **Dr. Mathias Middelberg**, wieder zum **stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Bereiche Haushalt, Finanzen und Kommunalpolitik** gewählt.

Dr. Hendrik Hoppenstedt wurde in seinem Amt als einer der vier **Parlamentarischen Geschäftsführer der Unionsfraktion** bestätigt.

Wiedergewählt wurden aus den Reihen der Landesgruppe auch die bisherigen **Arbeitsgruppenvorsitzenden der Fraktion**, **Silvia Breher (AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend)** und **Albert Stegemann (Ernährung und Landwirtschaft)**. Neu gewählt wurde **Andreas Mattfeldt**, der nun Vorsitzender der **AG Petitionen** ist.

Als **stellvertretende Arbeitsgruppenvorsitzende der Fraktion** erhielten **Stephan Albani (AG Bildung und Forschung)**, **Fritz Güntzler (AG Sport und Ehrenamt)**, und **Carsten Müller (AG Recht)** erneut das Vertrauen ihrer Fraktionskolleginnen und -kollegen.

Fachsprecher für den ländlichen Raum ist weiterhin **Henning Otte**, der ebenfalls erneut mit diesem Amt betraut wurde.

Die Woche im Plenum



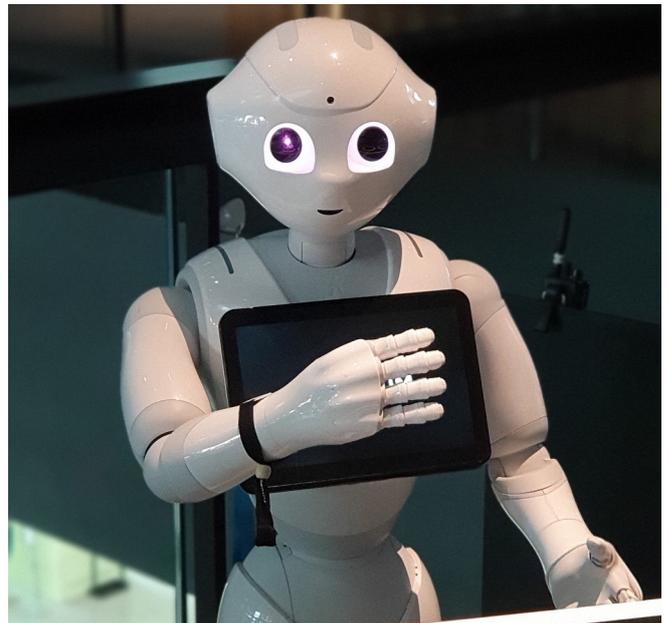
1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion

In 1. Lesung haben wir unseren Antrag **Mit steuerlichen Maßnahmen Wärmewende beschleunigen** beraten. Im Gebäudesektor ist eine deutliche Steigerung der energetischen Sanierungen notwendig. Nur so können wir die Klimaziele erreichen. Mit unserem Antrag zeigen wir die zahlreichen Hürden im Steuerrecht auf, die der Erreichung dieses Ziels entgegenstehen. Das – sowie zahlreiche weitere Punkte – wollen wir ändern, indem wir insbesondere folgende Maßnahmen fordern: Vermieter neu zu bauender Gebäude sollen eine Sonderabschreibung geltend machen können. Für Vermieter bestehender Gebäude wollen wir die anschaffungsnahen Herstellungskosten reformieren, Selbstnutzer neu zu bauender Gebäude einen Sonderausgabenabzug ermöglichen, für Selbstnutzer bestehender Gebäude die energetische Sanierung überarbeiten, WEGs unter die Stromeigenversorgung des EEG fassen und für alle Steuerpflichtigen steuerliche Erleichterungen bei PV-Anlagen schaffen.

Die Wolfspopulation in Deutschland wächst. Die daraus resultierenden zunehmenden Schäden durch Angriffe auf Weide- und Haustiere rücken weiter in den Vordergrund. Mit unserem Antrag **Ausgewogene Balance zwischen dem Schutz von Mensch und Tier sowie dem Artenschutz herstellen – Bejagung des Wolfes im Rahmen eines Bestandsmanagements ermöglichen** greifen wir die berechtigten und zunehmenden Sorgen der Weidetierhalter sowie der Bevölkerung in den ländlichen Regionen auf. Im Jahr 2020 wurden rund 4.000 Weidetiere – überwiegend Schafe, aber auch Rinder und Pferde – von Wölfen getötet. Die bisherigen Präventionsmaßnahmen haben nicht die gewünschten Erfolge gebracht. Deswe-

gen brauchen wir jetzt ein aktives Wolfsbestandsmanagement. Konkret wird die Bundesregierung u.a. dazu aufgefordert, den Erhaltungszustand des Wolfes unverzüglich zu definieren und eine rechtssichere Entnahme zu ermöglichen. Nur durch die längst überfällige Bestätigung eines guten Erhaltungszustands der Wolfspopulation in Deutschland sowie durch ein nachhaltiges Bestandsmanagement können die berechtigten Interessen der Bevölkerung, der Weidetierhalter und des Artenschutzes unter einen Hut gebracht werden.

Mit unserem Antrag **Bewusste Kaufentscheidungen fördern – Verlässliche und relevante Verbraucherinformation stärken** fordern wir bessere Informationen für Verbraucher beim Kauf von Produkten, Dienstleistungen und bei der Nutzung digitaler Dienste. Ohne aussagekräftige und verlässliche Informationen können Verbraucher keine bewussten und selbstbestimmten Kaufentscheidungen treffen. Besonders hervorzuheben ist der Vorschlag für mehr Transparenz bei den Kraftstoffpreisen: Die Mineralölunternehmen sollen verpflichtet werden, ihre Preisbestandteile an die Markttransparenzstelle beim Bundeskartellamt zu melden. So kann diese besser einschätzen, ob staatliche Entlastungen tatsächlich an die Verbraucher weitergegeben werden.



Gegenwärtig finden im Europäischen Parlament und im Rat der Europäischen Union Verhandlungen zur **Europäischen Verordnung für Künstliche Intelligenz** statt. Die Bundesregierung ist über den Rat an den Verhandlungen beteiligt. In den kommenden Wochen und Monaten stehen bei dem EU-Gesetzgebungsvorhaben zentrale Weichenstellungen an. In unserem Antrag **Europäische KI-Verordnung – Raum lassen für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit** fordern wir eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

Wir fordern, dass die Bundesregierung sich aktiv und mit einer klaren Linie an den Verhandlungen im Rat beteiligt. Interne Streitigkeiten der Ampel-Regierung haben die Festlegung einer Position im Rat seit Beginn des Jahres immer wieder verzögert. Mit der KI-Verordnung muss ein innovationsoffenes Umfeld in Europa geschaffen werden, um im globalen Wettbewerb bei KI bestehen können.



In dieser Sitzungswoche führten wir eine Vereinbarte Debatte zu den sechs Nachhaltigkeitsprinzipien der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Mit unserem Antrag **Nachhaltige Entwicklung krisenfest machen – Schulden abbauen, Infrastruktur stärken, Erneuerbare Energien ausbauen, Ernährung sicherstellen** legen wir als Unionsfraktion unsere Vorstellungen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie dar. Nachhaltiges Wachstum erfordert, den wirtschaftlichen Fortschritt vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Geschlossene Stoffkreisläufe sorgen für neue wirtschaftliche Potenziale und schützen unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Als eines der wirtschaftlich leistungsfähigsten Länder der Welt steht Deutschland vor großen Herausforderungen. Zum einen stehen Transformationsprozesse von Gesellschaft und Wirtschaft hin zur Klimaneutralität und zur Digitalisierung aller Lebensbereiche sowie der Erhalt und Ausbau der Versorgungssicherheit auf der Tagesordnung. Zum anderen haben Krisen wie die COVID19-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Menschen in unserem Land. Mit unserem Antrag richten wir deshalb die klare Forderung an die Bundesregierung, auf einen Weg zurückzukehren, der nachhaltige Entwicklung möglich macht.

2. Sonstige Tagesordnungspunkte

Wir haben mehrere Entwürfe der Bundesregierung mit energiepolitischem Schwerpunkt beraten: Das **Zweite Gesetz zur Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes** soll die thermische Abfallverwertung (Abfallverbrennung) ab Januar 2023 mit einer CO₂-Bepreisung versehen. Dies wäre ein nationaler Sonderweg, denn bisher gibt es für Abfallverbrennung auf europäischer Ebene keine solche CO₂-Bepreisung. Die CO₂-Bepreisung belastet die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen mit mehreren Hundert Millionen Euro im Jahr zusätzlich. Sie führt zu höheren Müllgebühren. Haushalte mit geringem Einkommen werden dabei überproportional stark belastet. Wir sehen den Entwurf deshalb kritisch. Mit der **Verordnung nach § 26 des Energiesicherungsgesetzes über einen finanziellen Ausgleich durch eine saldierte Preisanpassung** will die Bundesregierung verschiedene Maßnahmen für eine Vereinfachung des Wechsels von Gas auf andere Energieträger sowie für eine Ausweitung der Stromproduktion aus Photovoltaik und Biogas umsetzen. Mit dem **Vierzehnten Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)**, das wir in 1. Lesung beraten haben, werden Sonderregelungen zur Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen von Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG sowie weitere Vereinfachungen vorgesehen, wenn das Verfahren in einem Zusammenhang mit der Gasmangel-lage durchzuführen ist.



Hierdurch soll der Brennstoffwechsel in Anlagen ermöglicht und erleichtert werden. Darüber hinaus stimmen wir mit der **Verordnung zur Änderung der Gaspreisanpassungsverordnung über Anpassungen bei der Gasumlage** ab. Nachdem die Bundesregierung die Umlage in den letzten Wochen gegen unsere begründete Kritik noch massiv verteidigt hat, ist

sie nun auf einen kritischen Kurs eingeschwenkt und hat sich unseren Argumenten weitgehend angeschlossen. Wir fordern weiterhin, die Gasumlage unverzüglich aufzuheben.



In 1. Lesung haben wir den Entwurf der Bundesregierung für ein **Gesetz für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen** beraten. Der persönliche Anwendungsbereich dieses Gesetzes soll alle Personen umfassen, die in ihrem beruflichen Umfeld Informationen über Verstöße erlangt haben. Der sachliche Anwendungsbereich bezieht sich insbesondere auf bestimmte Verstöße gegen europarechtliche Vorschriften, aber auch eine Vielzahl von Verstößen aus anderen Rechtsbereichen. Für hinweisgebende Personen sollen mit internen und externen Meldekanälen zwei gleichwertig nebeneinanderstehende Meldewege vorgesehen werden. Die Pflichten gelten für Unternehmen ab 50 Beschäftigten. Wir lehnen den Gesetzentwurf ab. Er geht über die Vorgaben der Richtlinie hinaus. So wird der sachliche Anwendungsbereich auch auf zahlreiche Verstöße in spezialgesetzlichen Rechtsgebieten erstreckt. Hiermit gehen erhebliche zusätzliche Belastungen für die deutsche Wirtschaft einher, die zu Wettbewerbsnachteilen deutscher Unternehmen führen können. Der Gesetzentwurf sollte sich daher auf eine 1:1-Umsetzung beschränken und nur Verstöße gegen die in der Richtlinie genannten EU-Rechtsakte erfassen.

Kinderschutz geht über Datenschutz

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in der vergangenen Woche sein Urteil zum deutschen Gesetz über Mindestspeicherfristen für Telekommunikationsverkehrsdaten verkündet. Unsere Forderung nach einer IP-Adress-Speicherung zur Sicherung digitaler Beweismittel wurde vom Gerichtshof ausdrücklich für zulässig erklärt. IP-Adressen sind als digitale Be-

weismittel gerade bei der Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs im Internet unabdingbar.



Ohne Speicherpflicht sind diese digitalen Beweise – wenn eine Tat auffällt – vielfach gelöscht und die IP-Adresse kann keiner konkreten Person mehr zugeordnet werden. In den vergangenen fünf Jahren war das bei mehr als 19.000 Hinweisen der Fall. Das ist ein unerträglicher Zustand. Kinderschutz muss endlich Vorrang vor Datenschutz haben. In unserem Antrag **IP-Adressen rechtssicher speichern und Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen** fordern wir: Bundeskanzler Scholz muss jetzt den Streit im Kabinett beenden und dafür sorgen, dass schnell eine rechtssichere Regelung zur Speicherung von IP-Adressen auf den Weg gebracht wird. Dabei soll der laut EuGH zulässige Spielraum ausgeschöpft werden – zum Schutz der Kinder und Jugendlichen. Die Ampel-Koalition muss zügig eine Regelung erarbeiten, die vor Gericht Bestand hat. Und die den Ermittlern in der Praxis hilft, den Verbrechern auf die Spur zu kommen. Eine entschlossene Bekämpfung von Missbrauch im Netz – das sind wir unseren Kindern schuldig!

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:
Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.